

30.05.00**Empfehlungen**
der AusschüsseIn - Kzu Punkt ... der 752. Sitzung des Bundesrates am 9. Juni 2000

Entschlieung des Bundesrates zur Anpassung des Bundesrechts zur Erprobung digitaler Verwaltungsdienstleistungen (elektronische Bürgerdienste)

- Antrag des Landes Baden-Württemberg -

A.**1. Der Ausschuss für Kulturfragen**

empfiehlt dem Bundesrat, die Entschlieung nach Maßgabe nachstehender Änderung zu fassen:

Im ersten Spiegelstrich sind nach den Wörtern "begrenzten Dauer erfolgen" die Wrter ", wobei die Erhaltung des Beweiswerts von Aufzeichnungen über in elektronischer Form abgegebene Willenserklärungen durch entsprechende gesetzliche Regelungen sichergestellt werden müsste" einzufügen.

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Nach den Archivgesetzen des Bundes und der Länder sind die öffentlichen Stellen verpflichtet, den öffentlichen Archiven alle konventionellen und elektronischen Unterlagen, deren Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind, zur Übernahme anzubieten. Jedes digital signierte Dokument, das von einer öffentlichen Stelle gespeichert wird, wird also nach einer Reihe von Jahren einem öffentlichen Archiv angeboten und, soweit archivwürdig, von diesem übernommen. Analoge und digitale Aufzeichnungen werden von den Archiven unter anderem deshalb übernommen und auf Dauer verwahrt, um der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung Informationen bereit stellen zu können. Die Möglichkeit, dass Aufzeichnungen über in elektronischer Form abgegebene Willenserklärungen noch als Beweismittel benötigt werden, nachdem sie bereits dem zuständigen Archiv übergeben worden sind, muss deshalb in den gesetzlichen Regelungen unbedingt berücksichtigt werden.

Ausgeliefert am**30. MAI 2000**

B.

2. Der federführende Ausschuss für Innere Angelegenheiten empfiehlt dem Bundesrat, die EntschlieÙung zu fassen.